

PRESSEMITTEILUNG

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER PATIENTINNENSTELLEN (BAGP)

Montag, 31. Januar 2005

Neue Festzuschussregelung zum Zahnersatz für Patientinnen und Patienten teuer und sozial ungerecht

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen kritisiert die seit 1.1.2005 geltende befundorientierte Festzuschussregelung beim Zahnersatz. Patientinnen und Patienten müssen mit dieser Regelung teilweise erheblich mehr aus eigener Tasche finanzieren als letztes Jahr.

Die neue Festzuschuss- Richtlinie und die überarbeitete Zahnersatzrichtlinie weisen eine Fülle von Ausschlussregelungen auf. Durch die Änderungen wurden teilweise Leistungen ausgegrenzt. Zudem ist das relativ starre Festzuschuss- System zu unflexibel, um eine individuelle Therapie auf Kassenbasis zu ermöglichen. Es ist abzusehen, dass viele Leistungen in die Privatbehandlung abgedrängt werden und die Versicherten in vielen Fällen am Ende eine Rechnung nach der privaten Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) bekommen.

Die BAGP kritisiert am neuen Abrechnungssystem, dass die Ausschlüsse gerade den „Normalbereich“ der Versorgung wie Brücken und Teleskopkronen betreffen, währenddessen der „Luxusbereich“, nämlich Zahnersatz auf Implantaten, in Teilen üppig ausgestattet wird.

Der Versicherte, der sich ein privat finanziertes Implantat leisten kann, erhält neuerdings für die darauf befestigte Krone einen Krankenkassenzuschuss. Der Zuschuss ist sogar deutlich höher als der zu einer Krone auf einem natürlichen Zahn. Die dadurch entstehenden neuen Kosten müssen an anderer Stelle wieder eingespart werden. „Hier vollzieht sich eine Umverteilung von den finanziell schlechter zu den besser gestellten Versicherten,“ so Gregor Bornes, Sprecher der BAGP. Somit ist das neue System ungerechter als die bisherigen prozentualen Zuschüsse zum Zahnersatz.

Zudem ist zu erwarten, dass Krankenkassen und Zahnärzte unterschiedliche Interpretationen des Befundes haben werden und damit auch zu unterschiedlichen Berechnungen des Festzuschusses kommen werden. „Diese Konflikte werden wie schon oft auf dem Rücken der PatientIn ausgetragen werden,“ befürchtet Gregor Bornes.

Die BAGP wird im ersten Drittel dieses Jahres bei Patienten nachfragen, wie sich die Versorgung mit Zahnersatz entwickelt. Sollten sich die Befürchtungen bestätigen, werden wir die Verantwortlichen zu Änderungen drängen.

Verantwortlich: Emmeram Raßhofer

**Pressekontakte über die Sprecherin bzw. den Sprecher der BAGP:
Judith Storf, Tel. 0521-133561 und Gregor Bornes, Tel. 0221-328724**



BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT DER
PATIENTINNENSTELLEN
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131
FAX 089 / 7250474

e-mail:
mail@patientenstellen.de

internet:
http://patientenstellen.de

INFO-TELEFON:
MONTAG-DONNERSTAG
13-14 UHR